

SCHLUSS MIT DER MASKERADE: SHUTDOWN & UNVERHÄLTNISMÄSSIGE FREIHEITSBESCHRÄNKUNGEN BEENDEN!

Der Verlauf der bisherigen Wochen hat gezeigt, dass die Bürger unseres Landes in der Krise vernünftig und Bedacht gehandelt haben. Sie sind mündig und wissen selbst recht genau, welche Risiken sie eingehen wollen und welche nicht. Es braucht keinen „Nanny-Staat“, der ständig seine Bewohner gängelt und ihnen - teilweise unsinnige - Verhaltensvorschriften macht, die unter Umständen mehr schaden als nutzen - damit muss Schluss sein!

- ➔ Der Shutdown und die Maskenpflicht sind unverzüglich aufzuheben zugunsten eines gezielten und effektiven Schutzes der Risikogruppe durch Minimalinvasive Mittel
- ➔ Kontinuierliche Überprüfung der Notwendigkeit aller weiteren Kontaktbeschränkungen durch vorherige Befristung
- ➔ Evaluation des Schaden-Nutzen-Verhältnisses des Bisherigen Maßnahmen unter Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
- ➔ Keine Impfpflicht oder Immunitätsausweise sowie Tracking Apps oder sonstige Überwachungsgadgets
- ➔ Keine Corona-Bonds oder Euro-Bond oder sonstige Übernahme fremder schulden aufgrund der Globalen Wirtschaftskrise – dafür Kompensation der Folgen des Shutdowns im Inland
- ➔ Keine Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krise



Die AfD ist die Partei des Grundgesetzes. Wir kämpfen für seinen Schutz!
Helfen Sie uns dabei! Erfahren Sie mehr unter:



WWW.AFD.DE/GRUNDGESETZ

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

Im Gegensatz zu den von Großspenden unterstützen und über Jahre mit Staatsgeldern gepöppelten Altparteien sind wir als noch relativ junge Partei für jede Spende dankbar. Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien sind i.d.R. steuerlich absetzbar!

Empfänger: AfD Landesverband Bayern
IBAN: DE51 7009 1500 0103 2070 13
BIC: GENODEF1DCA



schatzmeister@afdbayern.de



CORONA- KRISE

SCHLUSS MIT DER MASKERADE!

CORONA-KRISE

Gezielter Schutz von Risikogruppen statt kollektiver Panik!

Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus in Deutschland hatte sich medial lange angekündigt, bevor es seit Ende Januar 2020 in Deutschland nachgewiesen wurde.

Das Virus ist aufgrund seiner Folgen für insbesondere Risikogruppen zu spät ernst genommen worden. Dabei hätte uns eine frühzeitige Aufklärungskampagne zu vorbeugenden Hygienemaßnahmen und eine Kontrolle der Einreisen aus dem Ausland, insbesondere aus China, vieles erspart. Beides hatte die AfD im Bundestag am 12.02.20 in einem entsprechenden Antrag gefordert.

Stattdessen verharmloste die Bundesregierung das Virus erst und tat zwei Monate lang gar nichts, um dann, als das Virus bereits abklang (Ansteckungsrate unter 1,0) - auch unter **Druck von den Medien** - mit dem deutschlandweiten „Shutdown“ und weitreichenden Ausgangsbeschränkungen **völlig überzureagieren**.

In Bayern nutze der Ministerpräsident die Gunst der Stunde, um sich in der Krise als starker Mann und „**Corona-Matador**“ zu präsentieren, der die Lage im Griff hat - allerdings inszenierte er sich vollkommen unglaublich: denn bevor er die bundesweit härtesten Maßnahmen verhängte und den Katastrophenfall am 16.03.20 ausrief sowie frühzeitig eine Impfpflicht propagierte, hielt er in Bayern noch in aller Ruhe die für seine Partei doch so wichtigen Kommunalwahlen ab!

Söder handelte unglaublich, ihm ging es nie um die Bürger, sondern rein um Profilierung für die Kanzlerkandidatur!



HEIMISCHE WIRTSCHAFT SCHÜTZEN

Das radikale Verbot aller wirtschaftlichen Aktivitäten hat unserer Volkswirtschaft schon jetzt einen Schaden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zugefügt.

Die deutliche wirtschaftliche Schieflage wurde allerdings durch Covid-19 lediglich ausgelöst:

Nicht das Virus, sondern **der restriktive Shutdown** der Regierung ist aus wirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe. Er verstärkt die Wirkungen einer jahrzehntelangen falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Er ist sofort planmäßig aufzuheben, um hunderte Milliarden von Verlusten in der Volkswirtschaft zu vermeiden. **Nur soziale Marktwirtschaft ist reale Wertschöpfung.**

Diese Krise erfordert Konzentration auf das Notwendige statt Geldverschwendung für rein ideologisch motivierte Projekte wie Verkehrs-, Agrar-, Energiewende und verfehlte Klimapolitik.

BÜRGERRECHTE VERTEIDIGEN

Die gravierenden Eingriffe in die Grundrechte der Bürger, zur Verlangsamung von Covid-19 sind unverhältnismäßig, denn sie stehen in keinem Verhältnis zu seiner tatsächlichen Gefahr.

Es liegt auch aus gesundheitlicher Sicht keine statistisch fundierte Datengrundlage auf Basis von breit angelegten Tests vor, die rechtfertigen könnten, die verfassungsmäßig garantierten Rechte außer Kraft zu setzen.

Für mündige Bürger darf es keine Maskenpflicht geben, zumal eine Wirkung gegen Viren allgemein zweifelhaft ist.

Gesundheitsdaten sind zudem besonders schützenswert, daher sind Immunitätsausweise, Corona-Apps oder ähnliche Register und Kennzeichnungen von Personen grundsätzlich abzulehnen. Auch einer Corona-Impfpflicht ist eine klare Absage zu erteilen. Lockerungen der staatlichen Maßnahmen oder die Reisefreiheit dürfen nicht von Impfungen abhängig gemacht werden!

Die Frage, ob das Coronavirus bei den vielen vermuteten „Corona-Toten“ wirklich todesursächlich war, sollte zunächst durch Obduktionen auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden.

KRISE NICHT AUS-NUTZEN!

Gegenwärtig wird in Deutschland die Corona-Krise dazu instrumentalisiert, politisch unbeliebte Themen durchzusetzen, die unter normalen Umständen bei den Bürgern für großes Unverständnis gesorgt hätten.

So versucht die z.B. die EU, sich weitere Kompetenzen zuzuschaffen und auch die von Frankreich lang ersehnten Euro-Bonds unter dem so großzügig klingenden Namen „Corona-

Bonds“ durchzusetzen. Im Kern ist diese aber nichts als der endgültige Weg in die Schuldenunion. Es handelt sich um sozialistische Umverteilung und Finanzierung fremder Staaten durch unsere Steuergelder - das ist nicht nur verfassungs-, sondern auch vertragswidrig!

